

# Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

9. Mai 2006

## P R E S S E E R K L Ä R U N G

### Sinti und Roma verlangen schärfere Strafgesetze gegen Neonazis

Zentralratsvorsitzender Rose spricht mit Parlamentarischen Staatssekretären

**Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, forderte heute in Gesprächen mit den Parlamentarischen Staatssekretären Peter Altmaier im Bundesinnenministerium (um 12.30 Uhr) und Alfred Hartenbach im Bundesjustizministerium (um 14.00 Uhr) schärfere Strafgesetze zur besseren Bekämpfung rassistisch motivierter Gewalttaten einzelner und Gruppen. Genauso brauche man schärfere Strafgesetze gegen die zunehmende rechts-extremistische Propaganda durch Neonazis vor allem in Sportstadien und im Internet, so Rose. Er bat die Staatssekretäre, dass die Vorschläge im Innen- und im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags endlich erörtert werden.**

Es sei nicht mehr hinnehmbar, sagte Rose, dass rechtsradikale Intensivtäter nach mehrfachen Gewalttaten mit gefährlichen Verletzungen von Minderheitenangehörigen anschließend wieder - wie oft dokumentiert - auf freien Fuß kommen und trotz Wiederholungsgefahr Bewährungsstrafen erhalten. Der Zentralrat fordere seit vielen Jahren für derartige Taten „besondere Haftgründe“ und die Bewertung als „Verbrechen“ im Strafgesetzbuch, statt bisher nur als „Vergehen“, erläuterte Rose in den heutigen Gesprächen. Deswegen dürfe der entsprechende Gesetzentwurf des Landes Brandenburg aus dem Jahre 2000 (BR-Drs. 577/00) nicht länger zurückgehalten werden. Der Entwurf entstand nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz, während die Justizminister von Bund und Ländern das Gesetz bis jetzt verhindern.

Seit einigen Jahren, so Rose weiter, wachse auch das Ausmaß der rassistischen Propaganda in Fußball- und anderen Sportstadien mit Hassparolen wie „Zigeunerpack“ (z.B. beim Länderspiel Deutschland-Slowakei am 21. September 2005). Der Zentralratsvorsitzende sagte, auf Internetseiten würden Neonazis zur Waffengewalt gegen „Juden und Zigeuner“ aufrufen. Die Staatsanwaltschaften seien laut Rose meistens nicht in der Lage, Täter zu ermitteln oder die Betreiberfirmen des Internet rechtlich zur Verantwortung zu ziehen, weil sie ihren Sitz in den USA oder im europäischen Ausland hätten. Ein international gültiges Gesetz müsste dagegen geschaffen werden. Denn, so Rose weiter, es sei absurd, Täter, die Hassparolen weltweit elektronisch verbreiten, unbehelligt zu lassen und nur den Druck und das Ankleben eines Plakats oder Flugblatts gleichen Inhalts zu bestrafen.